

Faustdicker Juso-Schwindel

Keine neuen Steuern

Die Jungsozialist:innen (Juso) blasen einmal mehr zum Steuer-Angriff. Sie fordern neue Steuern auf Erträgen und Wertsteigerungen von Vermögen. Die neue Steuer auf Wertsteigerungen (sogenannte Kapitalgewinnsteuer) greift bereits ab dem ersten Franken und entpuppt sich als bösen Überraschung für sehr viele Menschen! Damit nicht genug: Über einem noch unbestimmten Schwellenwert sind Kapitaleinkommen nicht zu 100%, sondern sogar zu überhöhten 150% steuerbar! Nicht nur bei der Höhe des Schwellenbetrags ist die Initiative unberechenbar, auch die Verwendung der Steuereinnahmen ist noch völlig offen.

Auch dich trifft die Initiative

Klassenkämpferische Rhetorik ist immer einfach und emotional: Die Reichen sollen zahlen, alle anderen profitieren. Aber Achtung vor der Falle der Juso! Wer etwas Geld angelegt hat, eine Wohnung oder ein Haus sein Eigen nennt, einen Landwirtschaftsbetrieb besitzt, ein Unternehmen führt oder mit einem Startup für Innovation und Arbeitsplätze sorgt, ist mitten im Steuer-Sog der trügerischen Initiative. Die Initiant:innen wollen Kapitalgewinne ab dem ersten Franken besteuern! Die Debatte um den Schwellenbetrag ist genauso wie der Titel «99%-Initiative» ein perfides Ablenkungsmanöver. Damit suggeriert die Juso, dass nur die Reichen betroffen wären. Das ist falsch: Der Schweizer Mittelstand bezahlt die Rechnung.

Mehrbelastung der KMU verschärft die Corona-Krise

Besonders betroffen sind Schweizer Familienunternehmen und KMU, die bereits durch die Corona-Pandemie arg gebeutelt wurden. Es ist absurd, heute diesen Unternehmen mit Milliarden durch die Krise zu helfen, um sie dann gleich wieder mit einer neuen Steuer zur Kasse zu bitten. Erheblich erschwert werden zudem Übergaben von Familienunternehmen an die nächste Generation. Weil das Vermögen im Betrieb gebunden ist, muss sich die neue Generation stärker verschulden, um die neuen Steuern auf die Wertsteigerung zu bezahlen. Dieses Geld fehlt für Innovationen und die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Was die Initiative will

Bund, Kantone und Gemeinden erheben neue Steuern auf Erträgen und Wertsteigerungen von Vermögen (sog. Kapitaleinkommen).

Die Initiant:innen wollen, dass neu auch Wertsteigerungen im Privatbesitz (heute steuerfrei) voll als Einkommen besteuert werden.

Neben dieser neuen Steuer, die für alle gilt, wird eine Zusatzsteuer ab einem noch zu definierendem Schwellenbetrag eingeführt. Unter der Schwelle sind Kapitaleinkommen zu 100% steuerbar, über der Schwelle zu 150%.

Die Steuererträge fliessen in die soziale Wohlfahrt oder sollen die Steuerbelastung des Mittelstands senken.

Da die Initiative sehr offen formuliert ist, kann im Moment weder gesagt werden wer die Steuern bezahlt noch wer von den Erträgen profitieren soll.

Ein Nein empfehlen (per 18. Juni 2021)

- Bundesrat
- National- und Ständerat
- Die Mitte (Fraktionsbeschluss)
- FDP (Fraktionsbeschluss)
- SVP (Fraktionsbeschluss)
- Grünliberale (Fraktionsbeschluss)
- economiesuisse
- Schweizer Gewerbeverband
- Swiss Family Business